

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

am Donnerstag, dem [26.10.17](#) haben die vier Parteien, die die Jamaika-Koalition bilden wollen, am abend beschlossen, daß man sich auch einmal etwas gönnen können muß, und machten aus , daß sie über das Wochenende einfach nichts tun wollen. Nun gut, ganz so lang ist das Wochenende nicht geworden, denn sie haben sich schon am Sonntagabend wieder getroffen. Was ist bis dahin innerhalb von 10 Tagen passiert? Sie haben sich gekracht, die vier Parteien. Ach halt! Das klingt immer soviel, dabei waren es ja nur ein paar Wenige, die über das weitere Schicksal der Deutschen entscheiden wollen und dabei sollten eigentlich Parteien überhaupt nicht entscheiden, denn diese verkörpern nur einen geringen Teil des Volkes durch ihre Mitglieder. Und selbst diese Mitglieder sind bei diesen „regierungsbildenden“ Verhandlungen nicht mitbeteiligt, sondern nur wenige Ausgesuchte dürfen tatsächlich über das weitere Schmierentheater entscheiden. Jean Jacques Rousseau sagte bereits in seinem Werk „[Gesellschaftsvertrag](#)“ [S. 13]: „*Um eine klare Darlegung des allgemeinen Willens zu erhalten, ist es deshalb von Wichtigkeit, daß es im Staate möglichst keine besonderen Gesellschaften[Parteien] geben und jeder Staatsbürger nur für seine eigene Überzeugung eintreten soll. Deshalb war die auf diesem Grundsatz beruhende Einrichtung des großen Lykurg so einzig in ihrer Art und so erhaben. Gibt es nun solche besondere Gesellschaften, so muß man ihre Anzahl vermehren und ihrer Ungleichheit vorbeugen, wie Solon, Numa und Servius Tullius taten. Diese Vorsichtsmaßregeln können es einzig und allein bewirken, daß der allgemeine Wille immer klar ersichtlich ist, und das Volk sich nicht irrt.*“

Jeder Staatsbürger soll für seine eigene Überzeugung eintreten. Wie aber soll er dies tun?

Zum allerersten, in dem er über eine Verfassung abstimmt. Also insgesamt das ganze Volk dies in einer Volksabstimmung tut.

Zum zweiten, in dem er einen Vertreter seiner Wahl in das Parlament schickt. Natürlich kann nicht jeder seinen eigenen Vertreter in das Parlament schicken, sondern es muß in einem Wahlkreis mehrere Kandidaten geben, die zur Wahl stehen und nur der, der die meisten Stimmen in diesem Wahlkreis von den Wählern bekommt, wird dann Abgeordneter für diesen Wahlkreis.

Anstatt die Parteien, die nun einmal vorhanden sind, zu vermehren um einen möglichst breiten Durchschnitt des Volkswillens zu erhalten, der dann in der Mehrheit durchgesetzt werden kann, werden die Parteien mit der 5%-Hürde begrenzt. Um über die 5%-Hürde zu kommen, kann man mit entsprechender Propaganda über die Mainstreammedien eingreifen und nur jene Parteien so stark werden lassen, die die Mächtigen, die ein solches System geschaffen haben, gern an der Spitze sehen wollen.

Muß hier noch davon gesprochen werden, wer das System BRiD geschaffen hat?

Nun gut. So tun wir das aber nur ganz kurz.

„*Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!*

1. Das Grundgesetz, welches am 8. Mai durch den Parlamentarischen Rat verabschiedet wurde, hat unsere sorgfältige und eingehende Aufmerksamkeit gefunden. Nach unserer Ansicht vereinigt es deutsche demokratische Tradition in glücklicher Weise mit den Begriffen einer repräsentativen Regierung und einer Rechtsordnung, welche die Welt nunmehr als für das Leben eines freien Volkes unerläßlich betrachtet.

2. Indes wir dazu zustimmen, dass diese Verfassung dem deutschen Volk zur

Ratifizierung gemäß den Bestimmungen des Artikels 144 (1) unterbreitet wird, sind wir überzeugt, dass Sie verstehen werden, dass wir verschiedene Vorbehalte machen müssen."

Dieses Zitat stammt aus dem [Genehmigungsschreiben](#) der drei westlichen Besatzungsmächte zum GG der BRiD vom 12.05.1949.

Das System BRiD ist klar auf die Vorgaben und mit Vorbehalten der drei Westbesatzungsmächte vom Parlamentarischen Rat geschaffen worden. Der Parlamentarische Rat wurde aus den Ländern von den Verantwortlichen heraus bestimmt und nicht mit freien Wahlen des Volkes. Das Wahlgesetz für den 1. Bundestag haben nicht die Besatzungsmächte bestimmt, sondern wurde vom Parlamentarischen Rat geschaffen, dann aber durch die [drei Westbesatzungsmächte](#) bestätigt.

Das Wahlgesetz hat seit 1949, nach dem neugeschaffenen Wahlgesetz von 1956 und auch nach der Überprüfung im Jahr 2012 durch das 3 x G, die Listen-/Verhältnswahlen in seiner Vorschrift geborgen. Listen- bzw. Verhältnswahlen sind mittelbare Wahlen. Im GG Art. 28 & 38 sind aber unmittelbare Wahlen als Vorschrift enthalten. Somit sind seit 1949 alle Wahlen grundgesetzwidrig und nach dem 17.07.1990 einfach gesagt nur noch blanke Verarschung des deutschen Volkes, die das deutsche Volk aber aufgrund seiner perfekten Umerziehung gutmütig über sich ergehen läßt. Sprach Rousseau davon, daß Gesellschaften und Parteien im Staat nichts zu sagen haben, ist das in der BRiD vollständig aufgehoben, denn hier haben nur die Parteien zu sagen. Also die sog. Legislative, da ja nur jene Parteien, die über die 5%-Hürde kommen, Vertreter in die Parlamente schicken dürfen, bestimmen sie letztendlich auch mit Gesetzen über die Exekutive und die Justiz.

Ein Grundsatz in der Volksherrschaft ist die Unabhängigkeit gerade zwischen diesen drei wichtigen Organen eines Staates, die aber in der BRiD noch nicht einmal im Ansatz gegeben ist, da wenn ein verantwortlicher aus der Exekutive oder der Justiz sich nicht an die Vorgaben der bestimmenden Parteien hält, nicht mehr lange in seiner Stellung belassen und entsprechend mit einem Willigen ersetzt wird. Die Gewaltenteilung, die Montesquieu bereits im 18. Jahrhundert erarbeitet hat, wurde von den französischen Revolutionären nicht beachtet und deswegen hat es Robespierre und Danton auf dem Schafott den Kopf gekostet.

Die Listen der Parteien über die weitere Kandidaten in die Parlamente einziehen werden aber wiederum noch nicht einmal von den Parteimitgliedern in einer Urwahl bestimmt (siehe Carlo Schmid), sondern in entsprechenden Gremien, also Ausgesuchten der Parteien selbst. Selbst der sog. Direktkandidat, der dann dem Wahlvolk vorgegeben wird, wird größtenteils nicht in einer Urwahl von den Parteimitgliedern bestimmt.

Es ist also klar vorausbestimmt, daß keiner der sich nicht dem Regime unterstellt, in ein Parlament zum Sitzen kommt und sollte dies doch einmal passieren, dann ist er spätestens bei der nächsten Wahl nicht mehr auf der Liste zu finden, obwohl die Menschen in den Wahlkreisen seine Arbeit befürwortet haben.

Im GG ist festgeschrieben, daß der Abgeordnete unabhängig ist, wie aber gerade aufgezeigt, ist er sehr wohl abhängig vom Gutwollen jener, die die Listen erstellen, mit der er in das Parlament gelangen könnte. Des weiteren ist er nach GG nicht an Aufträge gebunden. Was von Grund auf ein Unding ist, denn ein Abgeordneter wird von den Wählern in entsprechende Position gehoben um deren Willen, also deren Aufträge, in den Parlamenten entsprechende Beachtung zu schaffen.

Aus all diesem ist klar zu ersehen, daß das ganze System eigentlich schon in sich rechtswidrig ist und letztendlich so ausgeklügelt, daß der tatsächliche Wählerwille nicht im geringsten beachtet werden muß.

Dann kann es natürlich zu solchen Ausuferungen kommen, wie es sich das Merkela erlaubt hat, als es [klar darlegte](#), daß das was vor der Wahl gesagt wurde, nach der Wahl für es keine Bedeutung mehr hätte.

Und warum kann die ganze Chose so weiter funktionieren, da den Menschen der Schleier der Maja vor die Augen gezogen wird um sie hinter das Licht führen zu können. Dazu gehört dann auch, daß die Abgeordneten keinerlei Verpflichtung haben, Rechenschaft über ihr Tun, was sie in den Parlamenten vollführen, abzulegen haben. So kommt es dann allemal kurz vor der neuen Wahl dazu, daß sie sich gegenseitig fetzen und den Wählern Versprechen auftischen, die Wähler sich wieder beschwatzen lassen um nach der Wahl enttäuscht aufzuwachen und ihre Vorstellungen nicht erfüllt sehen.

Und täglich grüßt das Murmeltier!

Wie ging es weiter mit der Jamaika-Bagage?

Haben sie sich einen Joint angezündet? Wahrscheinlich nicht, zumindest nicht öffentlich, denn ansonsten könnte es passieren, daß sie bei der kleinsten Verfehlung gegenüber dem Regime ihren Posten über diesen kleinen Fehltritt verlieren würden, wie man es beim Grünen Volker Beck hat sehen können und dieser nur mit tiefster Demut gegenüber dem Regime am Futtertrog verbleiben durfte.

Sie tagen weiter und kommen zu mehr oder weniger guten Kompromissen und das nicht auf den größten gemeinsamen, sondern kleinsten Nenner, was bereits vorausgibt, daß es dem Volk nicht zugute kommen wird.

Ein Kompromiß wurde gefunden um die [Obergrenze der Flüchtlinge](#) zu umgehen. Es heißt jetzt Richtwert und beinhaltet viele Dinge, wie z. B: Arbeitsmigranten überhaupt nicht mehr. Arbeitsmigranten sind Menschen, die mit einer entsprechenden Ausbildung ausgesucht werden um die Ausbildungskosten zu sparen, die es bedarf, wenn man solche Fachkräfte aus dem eigenen Land haben wollte. Zu diesem Richtwert von 200000 kommt dann auch noch der Familiennachzug und für diesen setzt sich die [schimärenhafte Derwischin Roth](#) besonders ein. Roth, herzerreißend in ihrem Auftritt, trägt sie doch vor, daß die zurückgelassenen Familien in Damaskus und Aleppo große Not leiden würden. Wer dabei vergißt, daß genau dieses Leut Roth den Angriffskrieg der Deutschen in Jugoslawien verantwortlich wieder zelebriert hat und daß nicht nur allein in Jugoslawien und mit den Angriffskriegen erst die „humanitären“ Flüchtlinge entstehen, dem ist nicht mehr zu helfen.

Wer nicht weiß, daß inzwischen in Damaskus und Aleppo die vom Imperialismus geschaffenen Terroristen besiegt wurden, und dort mit Hilfe von Rußland und dem Iran der Wiederaufbau begonnen hat, dem ist auch nicht zu helfen. Da aber ist er wieder, der **Russ** und hier in seiner ureigenen Form als Rußlanddeutscher, der seine Familie nicht in die BRiD nachgezogen bekommt. Hilfe braucht aber Damaskus und Aleppo und zwar von seinen Söhnen, die nun in Deutschland sind. Das Leut Roth beruft sich bei ihrer Wehklagerei auf ein christliches Familienbild und hat dabei selbst aber die Ehe für alle vor Augen. Und wer dabei nicht weiß, daß das Leut Roth selbst keine Familie gegründet hat, weil sie dem „[Eujeujeu](#)“ frönt, dem ist weiß Gott nicht mehr zu helfen

Wobei wir gleich beim nächsten Punkt sind, der Bildung.

Da hier an allen Ecken und Kanten gespart wurde sehen die Schulgebäude entsprechend aus, sieht der Lehrkörper entsprechend aus und durch die föderale Kultur kommt es dazu, daß in einem Land wie Deutschland der Ausbildungsstandard so einen großen Unterschied aufweist, daß man einerseits aberglaubt, man wäre in einem entwickelten Staat und andererseits noch nicht einmal das Niveau

eines „Entwicklungs“landes erreicht wird.

Ja, man hat die SPD nicht gewählt, deren Dorfschulz vor der Wahl geflügelte Worte schweben ließ, mit denen er dann angeblich zig Milliarden in die Bildung stecken würde um diese auf Vordermann zu bringen. Ersten wußte dieser Gaukler, den man den deutschen aus dem Neunen Reich (EU) wieder vor die Nase setzte, daß die SPD wieder in die Opposition geht und er so keinesfalls in die Lage kommen würde, seinen Worten Taten folgen zu lassen und zweitens hat die SPD während ihres gesamten Bestehens noch nie auch nur annähernd eines ihrer Parteiprogramme erfüllt. Aber siehe da, die Niedersachsenwahl hat es mit dem Sieg der SPD gezeigt, daß die Deutschen sich auch solche Niederträchtigkeiten gefallen lassen.

Und weiter geht es mit diesem karibischen Irrsinn, dem Klimawandel, der nach wie vor gepredigt wird, so daß dieser Lug und Trug als Aberglauben fest in den Hirnen sitzt. Obwohl der ganze Spuk nichts weiter als eine [Klimaverschiebung](#) ist, die den Mächtigen nutzt um ihre Ziele durchzusetzen.

Weiter geht es in der Sache mit den Grünen und hier dem Leut Peter, die entgegen von Göring-Eckardt hochdotierte Abschlüsse vorweisen kann und sogar recht tapfer gegen den Gaukler auf der Westerplatte aufgetreten ist und auch zur Silvesternacht in Köln eine verhältnismäßig kritische Meinung eingenommen hat. Aber was nutzt das, wenn sie zurechtgewiesen, eben von Göring-Eckardt und Özdemir, sich im vollen Maß in die Reihen der Volksbeherrscher wieder einfügt um am wohlgefüllten Futtertrog sitzen bleiben zu können. Dann wird es verständlich, daß gerade sie [Abschiebe\(Ausreise\)zentren](#) ohne Rechtsberatung ablehnt, wobei bei Frieden noch nicht einmal ein Gedanke aufkommen würde auf ein unwürdiges Zentrum zur Abschiebung. Und klar sagt Leut Peter, daß die Grünen ihre Anliegen deutlich machen werden und es wird entweder reichen oder nicht. Özdemir und Göring-Eckardt jedoch halten sich in dieser Sache ein ganzes Stück zurück, denn wenn man sich so klar festlegt, könnte es ja passieren, daß man nicht mehr einlenken kann und hier nicht um die Karre nicht in den Dreck zu fahren, sondern eben dahin. Wozu man natürlich den Schleier der Maja (Nebelwände) braucht, weil das Volk, das auf den Rücksitzen der Karre sitzt, den Schwindel nicht erkennen darf. Denn schon bei den „Zuwanderungen“ müssen sich alle bewegen um einen Kompromiß zu erreichen. Einen Kompromiß um im Gleichschritt an den Futtertrog zu gelangen. In diesem Singsang tritt nun auch die FDP wohlwollend ein, nicht zuletzt, da ja die Unionsparteien ebenfalls ein Einwanderungsgesetz für **Fachkräfte** wollen. Das gefällt denen, die sich da freiheitlich (liberal) nennen um so mehr, da man an dieser Ecke wie oben schon aufgezeigt, Gelder sparen, die man am Volk vorbei in die eigenen Taschen stecken kann. Dabei ist wieder eine hochausgebildete Führerin, das Leut Strack-Zimmermann, an der Tete der FDP dabei. Sie steht nun neben dem jugendlichen Chef der FDP Lindner und gibt trotzdem eine gute Figur ab, obwohl sie keinen kurzem Rock trägt, da sie ja immerhin eine BMW R 1200C fährt. Man könnte vermeinen, daß es ein Gespann wie Bibi und die Macrone ist, was dann aber wiederum dem widerspricht, daß die [Macrone Angst](#) hat vor der FDP, da diese ihm in sein Handwerk pfuschen will. Und in diesem Handwerk geht es um die Macht im neuen Reich(EU), zu der auch das Merkela mit ihren deutschen Grundprinzipien (Volksbeherrschung) greifen will. Letztendlich aber haben weder die karibische Versammlung noch die Macrone tatsächlich etwas zu vermelden, noch das Leut Juncker mit seiner vermeintlichen Behörde, denn sie werden gesteuert von ihren Strippenziehern, die die leeren Bunker der Marginot-Linie nicht wieder beziehen werden, da sie ihre Macht über den IWF und die NordAtlantische TerrorOrganisation ausleben.

Die SPD hat sich ebenfalls aus ihren Stellungen zurückgezogen und das Leut Zypries, Nachfolger von Leut Gabriel als Wirtschaftschef, ebenfalls hochstudiert und das sogar in Rechtswissenschaft, läßt tief aufatmend verlauten, daß man das Feld für den Nachfolger gut bestellt hätte, was wohl bildlich gemeint heißen soll, daß genveränderte Monokulturen ausgebracht wurden und diese mit

Glyphosat bestmöglich vor der Natur geschützt wurden.

Aber wer hat wirklich das Sagen?

Es sind die heimatlosen Zionisten, die über IWF und NATO ihre Macht ausüben. Und diese Organisationen haben wiederum ihre Bevollmächtigten in Form von Lobbys. So z. B: in Form des Ifo-Instituts München, das sogar von einem wahrhaften Oberlehrer namens [Fuest](#), geführt wird. Dessen Vorschläge, die genauso Richtlinien sind wie die Vorgaben der Besatzungsmächte zum Grundgesetz, zeigen den Bedarf in der Wirtschafts- und Finanzpolitik klar auf. So meint dieser Oberlehrer, eine [Finanztransaktionssteuer](#) einzuführen, ist nicht erforderlich, denn damit würde man ja die Mächtigen, die heimatlosen Zionisten, die Spekulanten treffen, und chinesische Zustände darf es in der BRiD nicht geben. Dafür dürfe man aber die Einnahmen auf die breite Masse des Volkes umlegen, in dem man die Umsatzsteuer erhöht. Das sind doch einfache und klare Vorgaben, die die Bewohner des Bundesgebietes seit 1990 nicht anders als gewohnt sind. Die BRiD muß digitalisiert werden, was immer auch damit gemeint ist. Aber bestimmt nicht, daß ein jeder an einer Digitalisierung teilnehmen darf, denn ein dazu benötigtes gutes Netz auf der Grundlage von Glasfaserkabeln mag Fuest nicht, da wenn dies fertig wäre ja sowieso überholt und veraltet ist. Komischerweise sind aber die Konkurrenten der Telekom wie Vodafone unbedingt für den Glasfaserausbau, da sie das Glasfaserkabel als die Zukunft für den Datenverkehr ansehen. Tja, die Telekom, eigentlich ein Teil des staatseigenen Betriebs Deutsche Post, aber in der Privatisierung inzwischen ein Traumobjekt der Spekulanten, was vor einigen Jahren viele kleine Aktieninhaber erleben durften. Von welcher Zukunft aber spricht Leut Fuest? Das kommt nicht ganz klar heraus. Zu lesen steht, daß das Glasfaser nur noch gut für die Oberzentren wäre, wobei das sog. flache Land abgehängt von der Zukunft ist. Oder meint Leut Fuest als Zukunft die Vision die auf dem Georgia-Guidestone eingeschlagen steht? Dann wird sich für Milliarden von Menschen in der Zukunft kein Lebensraum auf der Erde finden lassen.

Derweil aber haben die vier Parteien sich erst einmal selbstzufrieden in die Sessel zurückgelehnt, weil sie zufrieden sind mit ihrem Schauspiel, was sie dem Volk vorgeführt haben.

So verbleibt mir nur aus der [Rede von Carlo Schmid](#), die er am 08.09.1948 vor dem Parlamentarischen Rat gehalten hat, zu zitieren:

„Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte innerdeutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen. Es hat keinen Sinn, darüber zu jammern, daß es so ist.“

....

„Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.“

.....

„Man sollte sich doch darüber klar sein, was Volkssouveränität heißt: nicht jede Möglichkeit, sich nach seinem Willen in mehr oder weniger Beschränkung einzurichten, sondern zur Volkssouveränität gehört, wenn das Wort einen Sinn haben soll, auch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen und sich zu widersetzen, wenn sie angegriffen wird!“

Jawohl, seit 27 Jahren wird Deutschland durch die BRiD im Auftrag der drei Westbesatzer völkerrechtswidrig fremdbeherrscht. Da aber der Wille des Volkes durch Umerziehung erstarrt ist, muß er mit Wissen wieder zum Fließen gebracht werden. Das bedeutet, daß die selbstbewußte Eigenverantwortung des deutschen Volkes erwachen muß um sich mit gültigem deutschen Recht und Gesetz strikt nach den Regeln des Völkerrechts gegen die Volksbeherrschung zu wehren – also auf einem zivilen Weg. Und genau dafür hat der Bund Volk für Deutschland die [Bürgerklage](#) geschaffen, sie am 3 x G vorgelegt und die vier Besatzungsmächte aufgefordert, dem BRiD-Regime aufzugeben, eine deutsche Nationalversammlung ins Leben zu rufen. Dazu braucht es aber das deutsche Volk und nicht nur die wenigen ehrlich und aufrichtigen Deutschen, die inzwischen dafür stehen.

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland

Bundvfd.de